



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/260 - 8.11.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Abrüstungsvorschläge	S. 1
Ein offener Brief an Acheson	S. 3
Arbeitsdienstpflicht für die Jugend ?	S. 5

## Entzaubertes Zauberwort

(sp) Fast über Nacht ist das Zauberwort "Abrüstung" in die Schlagzeilen der Presse aller Länder und die Nachrichten der Sender eingedrungen. Diese Abrüstung soll das Kernstück des großen Friedensplanes der Weltmächte sein. Währenddessen demonstrierte in Moskau die Rote Armee vor Diplomaten aus 40 Ländern das Bild der russischen Wirklichkeit. Ihr gegenüber wirkten die Versicherung des Sowjet-Marschalls Malinowski, die Sowjet-Union habe nicht die Absicht, die Vereinigten Staaten oder irgend ein anderes Land anzugreifen, ebenso schwach wie der Text eines der riesigen roten Spruchbänder, das bei dieser Feier von der Freundschaft zwischen den Völkern Amerikas und Rußlands zu kündigen mußte.

Bei dem Wort Abrüstung denkt man zunächst an die Bemühungen nach dem ersten Weltkrieg: Sieben Jahre nach Kriegsende bestellte der Völkerbundsrat eine Vorbereitende Kommission für eine Abrüstungskonferenz. Sie arbeitete fünf Jahre lang. Im Januar 1931 beschloß der Völkerbund, diese Konferenz einzuberufen, 13 Monate später trat sie zusammen, tagte vier Monate, vertagte sich auf drei Monate. So kam das Jahr 1933 heran, in dessen Oktober Deutschland auf Hitlers Befehl die Konferenz verließ. Damals zeichneten sich schon die ersten Umrisse der kommenden Katastrophe ab.

Das alles geschah, obwohl es damals keinen annähernd ähnlich scharfen weltpolitischen Gegensatz gab, wie den von heute zwischen

den Mächten des Westens und der Sowjet-Union. Deutschland war unbesetzt und bot keine ernstlichen internationalen Reibungsflächen. Die Sowjet-Union war durch einen Gürtel freier Staaten vom Westen getrennt und stand zu ihm in keinem unmittelbaren und akuten Gegensatz. Heute ist die Situation ungleich ungünstiger. Trotzdem ist man diesmal von Beginn an mit seinen Vorschlägen sehr viel weiter gegangen als damals. Man hat erklärt, v o r h e r (soll das heißen, vor dem Beginn oder dem Abschluß der Abrüstungsverhandlungen?) müßten die wichtigsten anderen politischen Meinungsverschiedenheiten, die die Ursache der gegenwärtigen Spaltung der Welt bilden, geklärt werden. (Soll denn nicht gerade diese Spaltung erst auf dem Wege über die Abrüstung behoben werden?) Man hat etwas den Eindruck, daß alle Schritte auf einmal getan werden sollen.

Die seinerzeitigen Abrüstungsverhandlungen sind an dem mangelnden Abrüstungswillen der Beteiligten gescheitert. Heute mag als Motiv für den Versuch, Abrüstungsgespräche in Gang zu bringen, auch die Überlegung mitgesprochen haben, man werde sich eines Tages den Konsequenzen einer immer stärker betriebenen Rüstung nicht mehr entziehen, die Entwicklung zum Kriege werde zwangsläufig werden können. Dieser Gedanke hat vielleicht auch auf russischer Seite mitgespielt, als Beria in seiner Rede zur Oktoberrevolution so auffallend friedliche Töne anschlug.

Bisher hat es die sowjetische Führung peinlich vermieden, den lebensgefährlichen Schritt zu tun, der vom kalten zum heißen Kriege führt. Das braucht nicht so zu bleiben. Die im zweiten Weltkrieg gewonnene überragende Machtstellung auf dem eurasischen Kontinent ist für die Sowjets ein ständiges Versuchen, diesen Schritt nachzuholen. Das Bestreben des Westens ist nur natürlich, dieser Gefahr vorzubeugen.

Vor 25 Jahren hatte das Wort Abrüstung für eine gewisse Zeit noch einigen Glanz. Heute überwuchert von Beginn an die Skepsis. Die Überzeugung ist weit verbreitet, daß der Kreml auf solche Vorschläge frühestens dann positiv und, was allein wichtig ist, auf richtig reagieren wird, wenn das Verhältnis der Rüstungsstärken zwischen Osten und Westen sich noch erheblich mehr zu Ungunsten Moskaus verändert hat, als es heute der Fall ist.

### Die Deutschland-Politik der Alliierten

- (sp) In einem offenen Brief an den amerikanischen Außenminister Acheson setzte sich kürzlich die American Federation of Labor (A.F. of L.) für eine aktive Deutschland-Politik der westlichen Alliierten ein. Die A.F. of L., die mit ihren acht Millionen Mitgliedern die größte amerikanische Gewerkschaft ist, unterstützte seinerzeit den Marshall-Plan, bekämpfte den Demontage-Unsinn, und befürwortete schon unmittelbar nach dem Kriege eine enge Zusammenarbeit der Welt-Demokratien mit der jungen deutschen Demokratie. Im Nachfolgenden geben wir die wesentlichsten Gesichtspunkte dieses Schreibens an Acheson wieder.

Die Alliierten haben sich richtigerweise dazu verpflichtet, heißt es in dem Schreiben, eine Politik zu betreiben, die es sich zum Ziele setzt, Deutschland als ein gleichberechtigtes Mitglied in die Gemeinschaft der freien Länder zurückzubringen. Aber diese Politik sei voller Widersprüche. "Während dank amerikanischer Initiative die demokratischen Mächte im Falle Japans rasch handelten, um die volle Souveränität Japans wieder herzustellen, und um es von Maßnahmen diskriminatorischen Charakters zu befreien, haben wir und unsere Verbündeten, soweit es sich um Deutschland handelt, eine Politik von halben, im Zeitlupen-Tempo durchgeführten Maßnahmen verfolgt, die darauf berechnet sind, dem deutschen Volk einen Schein der Gleichberechtigung zu geben, während ihm die Substanz der Gleichheit und Souveränität vorenthalten wird. Dieses stückweise und irritierende Verfahren kann nur dazu führen, daß in einer Zeit, wo es unbedingt notwendig ist, die Gefühle der Freundschaft und Solidarität zu fördern, Reibungen, Unwillen und abweisende Gleichgültigkeit hervorgerufen werden. Diese Politik muß im deutschen Volke das Vertrauen in den guten Glauben und die Aufrichtigkeit sowohl der Alliierten, als auch unseres Landes untergraben. Es ist dieser Widerspruch und diese Politik, die weder Fisch noch Fleisch ist, welche beim deutschen Volk den Verdacht aufkommen lassen, daß gewisse westliche Länder Deutschland eine halbkoloniale Stellung zuge-dacht haben".

#### Gleichberechtigung kein Handelsobjekt

Die A.F. of L. bedauert, daß bei der bevorstehenden Revision des Besatzungsstatuts eine Klausel beibehalten werden soll, die den Alliierten das Recht gibt, in gewissen Notstandsfällen die gesamte Regierungsgewalt in Deutschland wieder an sich zu nehmen. "Die alliierten Mächte müssen sich entscheiden, ob sie gegenüber Deutschland ein Sieger- und Besiegten erhältnis fortsetzen, oder ob sie eine neue Politik einschlagen wollen, die darauf gerichtet ist, Deutschland als Verbündeten für die Verteidigung der freien Welt zu gewinnen. Die Alliierten können nicht, um General Eisenhower zu zitieren, "mit Westdeutschland auf einer Grundlage verhandeln, die Deutschland in dieser Völkerfamilie eine Stellung sichert, die seine Selbstachtung gewährt" und gleichzeitig es weiterhin als eine Art von Protektorat behandeln, in dem die Selbstregierung des Volkes in letzter Instanz den übergeordneten Machtbefugnissen der drei hohen Kommissare oder Botschafter unterworfen ist. Unter solchen Bedingungen würde die Gleichberechtigung, die zu verlangen Deutschland hoffen könnte, lediglich symbolischer

Wert haben. Wir fordern die Alliierten nachdrücklich auf, jede Befürchtung und jeden Verdacht dieser Art dadurch zu beseitigen, daß sie erklären, daß Deutschlands Gleichberechtigung kein Handelsobjekt ist, sondern eine Sache unverletzlicher Grundsätze".

#### Schützenhilfe für den Kommunismus

Mit besonderer Schärfe wendet sich die A.F. of L. gegen jene alliierten Deutschlandberater, die glauben, um die grundlegenden Voraussetzungen einer deutschen Gleichberechtigung herunkommen zu können, indem sie eine Propagandaflut gegen deutsche Kritiker dieser Politik loslassen. "In einer Situation wie der heutigen, in der die Zusammenarbeit und Konzentration aller demokratischen Kräfte in der ganzen Welt notwendig ist, wirken sich diese Angriffe gegen die Sozialdemokratische Partei Westdeutschlands und gegen jede andere demokratische Arbeiterorganisation zersetzend auf die demokratische Einheit aus, die wir alle anstreben. Sie haben diesen Kampf geführt, noch bevor die alliierten Mächte begannen, gegen ihre Sowjetpartner von Yalta und Potsdam Verdacht zu schöpfen. Die einzigen Kräfte, die wirklich von diesen Propaganda-Angriffen profitieren, sind Moskaus Kommunisten in Deutschland und die Neo-Nazis, die mit Recht die demokratische Arbeiterbewegung als ihren Hauptfeind betrachten".

Das Vertrauen der deutschen Arbeiterbewegung in die Weisheit von Entscheidungen, die von einer Schuman-Plan-Behörde zu erwarten sind, sei sicherlich nicht durch den Beschluß der Ruhrbehörde gestärkt worden, der Deutschland zwingt, Ruhrkohle zu niedrigen Preisen auszuführen und amerikanische Kohle zu einem viel höheren Preis einzuführen. "Wir müssen begreifen, daß wir, wenn wir wollen, daß das deutsche Volk ein mächtiger Verbündeter sei, ihm nicht einseitige Verpflichtungen auferlegen können".

#### Nur ein freies Volk kann sich verteidigen

Diese unbefriedigende Lage sei es auch, die erkläre, weshalb die Vertreter der demokratischen deutschen Arbeiterbewegung sich kritisch zu den alliierten Plänen eines deutschen militärischen Beitrages zur Verteidigung Europas verhalten. "Demokratische Deutsche, die alles verabscheuen, was an die Nazi-Aggression erinnert, können keinen anderen militärischen Beitrag ins Auge fassen, als den freier Männer, die ihre Rechte gegen totalitäre Aggression verteidigen. Keine Nation liebt es, unter einem Regierungssystem zu kämpfen, das nicht völlig von allen Elementen der Fremdherrschaft frei ist. Es kann nicht erwartet werden, daß die Deutschen in den Kampf gegen den Totalitarismus ziehen, wenn sie gezwungen sind, dabei die Oberhoheit der alliierten Hohen Kommissare oder Botschafter hochleben zu lassen".

Als einzigem der beteiligten Länder werde Deutschland eine National-Armee und ein eigenes Oberkommando verweigert. Der kritische Einwand, daß der Plevan-Plan für etwaige deutsche Truppen eine Stellung zweiter Klasse vorsehe, sei berechtigt. Vom demokratischen Standpunkt sei dieser Plan gefährlich. "Die demokratische Arbeiterbewegung in Deutschland ist bestrebt, das Wiederaufleben reaktionärer militaristischer Tendenzen unter etwaigen künftigen deutschen Truppen zu verhüten. Sie ist der Ansicht, daß es deswegen unbedingt notwendig ist, daß eine solche Armee einer strikten parlamentarischen Kontrolle durch das deutsche Parlament unterworfen sei. Wir sind mit diesem Standpunkt vollkommen einverstanden".

Hochkommissare ergriffen Partei

Als besonders krasses Beispiel der Nicht- und Mißachtung deutscher demokratischer Kräfte durch die alliierte Hohe Kommission führen die A.F. of L. den Beschluß der alliierten Hohen Kommission über die Neuordnung des deutschen Kohlenbergbaues und der Eisen- und Stahl-Industrie an. Dieser Beschluß stelle eine klare Verletzung des alliierten Gesetzes Nr. 27 dar. Durch ihren Entschluß, die Aktien der neuen Gesellschaften an die Alt-Besitzer zu übertragen, hätten die Besatzungsmächte in Wirklichkeit die Frage der künftigen Eigentumsverhältnisse in der Ruhr-Industrie präjudiziert, bevor das freigewählte Bundesparlament seine Entscheidung treffen konnte. "Das normale Funktionieren der demokratischen Staatsform, die durch die Verfassungsrechte der Bundesrepublik Deutschland geschaffen worden ist, ist unmöglich, solange alliierte Vertreter offen und versteckt in Diskussionen zwischen der Regierungskoalition und der parlamentarischen Opposition Partei ergreifen. Solche Methoden zeugen nicht von einem aufrichtigen Willen, die unabhängige Entwicklung der deutschen Demokratie zu respektieren".

Das Schreiben schließt mit der Bitte an Acheson, an die deutsche Frage in einem neuen Geiste und mit neuen Methoden heranzugehen, sonst werde keine Neuregelung des Verhältnisses zwischen den alliierten Mächten und Deutschland in zufriedenstellender Weise funktionieren. "Von diesem Standpunkt aus gesehen, bieten die Versuche, bei einer Neuregelung ein Stückchen Potsdam, einen Tropfen Morgenthau und einige Spuren der Methode 'Umerziehung' durch Befehle alliierter Vertreter beizubehalten, einen bemitleidenswerten Ablick. Wir fühlen uns verpflichtet, zu betonen, daß jeder getarnte oder offene Versuch, eine 'Gleichberechtigung' zu entdecken, die weniger ist als wirkliche Gleichheit oder eine 'Souveränität', die nicht volle Unabhängigkeit von fremder Herrschaft bedeutet, lediglich Mißtrauen und Unzufriedenheit hervorrufen, - sowohl in Deutschland, als auch unter den Völkern der westlichen Demokratien, die wollen, daß die Außenpolitik ihrer Länder konsequent und wirksam der Demokratie dienen".

+ + +

Vorbote zur deutschen Armee ?

(sp) In Niedersachsen und in Bayern, dort von der neo-faschistischen SRP, hier vom BHE, wurden in den letzten Tagen unter wohlwollender Ignoranz bürgerlicher Parteien erneute Vorstöße unternommen, auf dem Wege über einen "Deutschen Gemeinschaftsdienst" den Arbeitsdienst Hitler'scher Prägung wieder einzuführen. Bei der Begründung fehlt es nicht an schönen Redensarten: Man müsse die Jugend vor den Gefahren der Straße schützen und ihr wieder den Sinn für "Ordnung und Disziplin" beibringen. Was die deutsche Jugend dringend benötigt, sind wahrlich nicht die Zwangsjacken eines feldgrauen Arbeitsdienstes - wohl als Vorbote für eine künftige deutsche Armee gedacht? - auch nicht die Kommandos von Leuteschindern, sondern Arbeit, liebevolles Verständnis und richtige Lehrwerkstätten. Aber hier hapert es eben. Nur wenig wurde in dieser Richtung auf Bundesebene getan. Der peinliche Verdacht besteht, daß vielleicht nichts an wirklicher Fürsorge geschah und geschieht, um desto eher die Jugend für eine Dressur der deutschen Jugend zu haben.

Verantwortlich: Peter Raunau